

1

2

3

4

ANTRAGSBUCH

5

6

7 UNTERBEZIRKSPARTEITAG

8 14. APRIL 2018

9 KIEZ HÖLZERNER SEE - GRÄBENDORF

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

Stand: 29.03.2018

34

INHALTSVERZEICHNIS

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43

Leitantrag	Seite 3 – 6
Arbeitsmarkt	Seite 7 – 8
Bildungs-, Wissenschafts- und Jugendpolitik	Seite 9 – 10
Umwelt-, Energie-, Verbraucher- und Verkehrspolitik	Seite 11 – 12
Organisationspolitik	Seite 13

LEITANTRAG

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49

Antrag 1/1/2018

Unterbezirksvorstand

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Dahme-Spreewald:

Sichere Heimat. Sichere Zukunft.

Die Entwicklung unseres Landkreises ist eine Erfolgsgeschichte. An dieser Geschichte haben Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vom ersten Tag an mitgeschrieben. Doch der Erfolg des LDS ist ein Erfolg von Vielen – vor allem ein Erfolg der Bürgerinnen und Bürger, die unser Gemeinwesen täglich vielfältig gestalten.

Gemeinsam mit Ihnen will die SPD Dahme-Spreewald auch in den kommenden Jahren diese Erfolgsgeschichte fortsetzen. Dabei sind uns ein faires Miteinander und Solidarität zwischen den Menschen wichtig. Wir stehen für einen Landkreis, in dem alle Menschen gut und sicher leben können, unabhängig von Alter oder Herkunft.

Der Landkreis Dahme-Spreewald bleibt erhalten und muss sich den neuen Herausforderungen in der digitalisierten Welt stellen und dafür Sorge Tragen soziale Sicherheit und Chancengleichheit zu gewährleisten. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen mit den Bürgerinnen und Bürgern im Landkreis Dahme-Spreewald eine Vision für unsere zukunfts feste, moderne und sichere Heimat erarbeiten.

1. Gute Arbeit und starke Wirtschaft

In Dahme-Spreewald haben über 60.000 Menschen einen Arbeitsplatz und bilden damit das Fundament einer soliden Entwicklung unseres Landkreises und unserer Kommunen. Die Arbeitslosenquote hat sich im Kreis seit 2005 von 14,7 % auf 5,0 % im Januar 2018 deutlich reduziert. Das Rückgrat unserer Wirtschaft sind die kleinen und mittleren Unternehmen sowie die Handwerker. Zusammen mit der Industrie leistet unser Mittelstand den wesentlichen Anteil unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Der Landkreis selbst leistet über seine Wirtschaftsfördergesellschaft einen wichtigen Beitrag in der Ansiedlung von hochwertigen Arbeitsplätzen und in der Gewinnung von Fachkräften.

Wir wollen das Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Landkreis gute Arbeit leisten können und sich an ihrem Arbeitsplatz wohlfühlen. Wir wollen sichere Arbeitsplätze und keine ständigen Befristungsketten und gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Wir wollen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf keine politische Floskel ist, sondern in der Arbeitswelt gelebt wird. Wir wollen, dass Arbeitnehmerrechte wahrgenommen und gefördert werden. Wir wollen, dass sich Unternehmerinnen und Unternehmer für unsere Region engagieren.

Wir brauchen ein Programm zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in unserem Landkreis und wir brauchen Ehrlichkeit und Transparenz der Arbeitsagentur und des Jobcenters bei der Darstellung von Statistiken.

Wir brauchen optimale Rahmenbedingungen für die Ansiedlung von qualitativ hochwertigem Gewerbe und Zukunftstechnologien um uns als beliebter Wirtschaftsstandort in Brandenburg weiter zu etablieren. Wir brauchen effektive Anreize für Existenzgründerinnen und Existenzgründer.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48

Die SPD Dahme-Spreewald sucht den Schulterschluss mit den Gewerkschaften, mit den kreiseigenen Gesellschaften zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung, mit den Kammern und Berufsverbänden sowie mit der Bundesagentur für Arbeit und dem Jobcenter und wird ein umfassendes arbeitsmarktpolitisches Programm aufstellen, mit dem wir unsere Ziele erreichen.

2. Bezahlbares Wohnen und stabile Mieten

Der Begriff der Wohnungsnot in unserem Landkreis war viele Jahre ein Fremdwort. Wohnungsbaupolitische Diskussionen waren eher von Rückbauprogrammen geprägt, weniger von der Schaffung von bezahlbaren neuen Wohnungen. Die allgemeine Bevölkerungsentwicklung, die Integration von bleibeberechtigten Flüchtlingen und der deutliche Anstieg der Geburtenrate stellt Wohnungsbaupolitik im Landkreis Dahme-Spreewald vor neue Herausforderungen. Neben den immer weniger zur Verfügung stehenden Flächen im berlinnahen Raum stellt die Finanzierung von Neubauvorhaben, trotz niedriger Zinslage, aber aufgrund der hohen Baukosten ein großes Problem dar. Die Wohnungsbaugesellschaften der wirtschaftlich gut aufgestellten Kommunen sind in der Lage neuen Wohnraum zu schaffen, allerdings gelingt es ihnen nicht neuen Wohnraum zu sozialverträglichen Mieten anzubieten. Die Wohnungsbauförderinstrumente des Bundes und des Landes sind für kommunale Wohnungsbauunternehmen in unserem Landkreis meist unattraktiv.

Wir wollen, dass das Grundrecht auf Freizügigkeit möglich bleibt und jeder an dem Ort wohnen und leben kann, an dem er seinen Lebensmittelpunkt sieht. Wir wollen, dass unsere Wohnungspolitik einen erfolgreichen Beitrag zur Integration leistet. Wir wollen keine soziale Segregation aufgrund wohnungsbaupolitischer Entwicklungen.

Wir wollen Wohnungsbauunternehmen bei der Schaffung von neuem Wohnraum unterstützen. Sozialer Wohnungsbau und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum heißt für uns, dass insbesondere die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften ihre Mietpreiskalkulation so aufstellen, dass für alle das Wohnen in modernen und attraktiven Wohnungen möglich ist. So wird auch die soziale Durchmischung in den Wohnquartieren sichergestellt. Wir wollen den Druck auf die Landespolitik erhöhen um wirkungsvolle Wohnungsbauförderprogramme zu erwirken.

Die SPD Dahme-Spreewald wird einen Masterplan „Wohnen im LDS“ erarbeiten und wird die Fachkunde im gemeinsamen Austausch mit kommunalen Wohnungsbauunternehmen, Genossenschaften und privaten Vermietern sowie Mietervereinen und Mieterschutzbünden erweitern.

3. Innere Sicherheit

Ohne die Durchsetzung von Sicherheit, Recht und Ordnung ist freiheitliches Leben in einer offenen Gesellschaft nicht vorstellbar. Im Jahr 2016 wurden im Landkreis 14 725 Straftaten von der Polizei erfasst – damit 14 725 Straftaten zuviel. Auch wenn die Kriminalität insgesamt seit Jahren rückläufig ist, besteht bei den Menschen ein steigendes Unsicherheitsgefühl. Dabei spielen insbesondere die Angst vor Wohnungseinbrüchen, Fahrraddiebstählen oder körperlicher Gewalt eine zentrale Rolle.

Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Landkreis umfasst nicht nur die Kriminalitätsbekämpfung, sondern auch der Brand- und Katastrophenschutz, der ohne die große

1 Bereitschaft vieler freiwillig engagierter Menschen in unserem Landkreis nur schwer
2 sicherzustellen wäre.

3

4 Wir wollen unseren Beitrag für die Einhaltung von Recht und Gesetz und zur Verbesserung des
5 Sicherheitsgefühls leisten, auch wenn die direkten sicherheitspolitischen
6 Gestaltungsmöglichkeiten der kommunalen Ebene begrenzt sind. Wir brauchen
7 sicherheitspolitische Handlungskonzepte und einen regelmäßigen Austausch zwischen den
8 Ordnungsbehörden. Wir wollen die Präventionsarbeit stärken. Wir brauchen mehr Präsenz von
9 Sicherheitskräften in unseren Städten, Gemeinden und Dörfern. Wir brauchen leistungsfähige
10 Feuerwehren um den Brandschutz weiter abzusichern.

11

12 Die SPD Dahme-Spreewald wird sich auf einer sicherheitspolitischen Konferenz unter
13 Einbeziehung der Polizei, der Gewerkschaft der Polizei, Vertretern der Ordnungsämter und
14 Feuerwehren, sowie dem Kreisfeuerwehrverband zur aktuellen Sicherheitslage im Landkreis
15 austauschen und Handlungsempfehlungen für die künftige Ausrichtung der Sicherheitspolitik
16 im Landkreis erarbeiten.

17

18 **4. Beste Bildung und lebenslanges Lernen**

19 Bildung ist die Grundvoraussetzung für ein gelingendes Leben für alle Generationen. Durch die
20 vielfältigen Bildungsangebote in unserem Landkreis entstehen Chancen für Alle, unabhängig
21 vom finanziellen und sozialen Hintergrund. Unsere Bildungseinrichtungen legen die
22 Fundamente und bieten für alle Generationen die Möglichkeiten eine gute Bildung zu erhalten.

23

24 Wir wollen die Bildungslandschaft in unserem Landkreis auch in den kommenden Jahren
25 weiterentwickeln. Wir wollen die Qualität der Kinderbetreuung in den Kitas und in der
26 Tagespflege sicherstellen. Wir wollen gut ausgestattete Schulen, die ins 21. Jahrhundert gehören
27 mit einer besseren Förderung der Medienbildung. Wir wollen die Partnerschaft zur TH Wildau
28 und zur Fachhochschule für Finanzen Königs Wusterhausen ausbauen und Synergien
29 gewinnbringend für unseren Landkreis nutzen.

30

31 Zur Verbesserung des Angebots und der Qualität der Bildungslandschaft im LDS wird sich die
32 SPD Dahme-Spreewald mit Vertretern von Schulen, Kitas, Tagesmüttern, Fördervereinen und
33 den Fachhochschulen austauschen und einen Vorschlag erarbeiten.

34

35 **5. Gesundheitsversorgung**

36 Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung im Landkreis Dahme-Spreewald gehört zu den
37 größten Herausforderungen der nächsten Jahre. Die Nachbesetzung von Hausarzt- und
38 Facharztpraxen gestaltet sich als besondere Schwierigkeit, sodass bereits jetzt schon in vielen
39 Bereichen des Landkreises Versorgungsengpässe bestehen. Weiterhin liegt der
40 Altersdurchschnitt bei aktiven Hausärzten und Fachärzten bei über 60 Jahren, daraus ergibt sich
41 weiterer Handlungsbedarf für die Nachbesetzung. Für viele Bürgerinnen und Bürger ist es bereits
42 heute ein Problem überhaupt einen Arzt zu finden, der bereit ist noch Patienten aufzunehmen,
43 da die Arbeitsbelastung schon heute an Grenzen stößt. Auch die allgemeinen Probleme des
44 Gesundheitssystems schlagen sich auch auf unseren Landkreis nieder, lange Wartezeiten in den
45 Praxen oder bei der Terminvergabe sind an der Tagesordnung.

46

47 Wir wollen eine bedarfsgerechte, flächendeckende sowie hochwertige und gut erreichbare
48 medizinische Versorgung unabhängig vom Wohnort als Grundvoraussetzung für eine
49 gleichwertige Lebensqualität der Menschen in unserem Landkreis. Wir wollen unsere

1 Krankenhausstandorte und deren Qualität sichern, da sie fester Bestandteil der
2 Gesundheitsversorgung in unserem Landkreis sind. Wir wollen Anreize schaffen, die junge und
3 gut ausgebildete Ärzte überzeugen Hausarzt- oder Facharztpraxen zu übernehmen.

4

5 Die SPD Dahme-Spreewald wird im gemeinsamen Gespräch mit der Kassenärztlichen
6 Vereinigung Brandenburg, den Klinken, den medizinischen Versorgungszentren,
7 niedergelassenen Ärzten und den Apothekern darüber diskutieren, wie eine flächendeckende
8 Gesundheitsversorgung im LDS sichergestellt werden kann.

9

10 **6. Mobilität**

11 Viele Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Dahme-Spreewald nutzen täglich den öffentlichen
12 Personennaheverkehr. Ihre Lebensqualität hängt dabei auch vom täglichen Arbeitsweg ab.
13 Häufig erleben sie überfüllte Züge oder Busse und übermäßige Verspätungen oder sogar
14 Zugausfälle. Die Qualität des Straßennetzes in Dahme-Spreewald hat sich in den vergangenen
15 Jahren deutlich verbessert. Innovative Mobilität steckt in unserem Landkreis leider noch in den
16 Kinderschuhen. Klare Konzepte für die Förderung von E-Mobilität oder alternativer ÖPNV-
17 Angebote fehlen.

18

19 Wir wollen Anschlussmöglichkeiten und Schnittstellen im ÖPNV verbessern. Wir brauchen
20 bessere und häufigere Taktungen im Schienenverkehr. Wir wollen, dass die Schulwege auf dem
21 Land nicht länger als eine Stunde dauern. Wir wollen das Kreisstraßennetz weiter modernisieren.
22 Wir brauchen einen Masterplan für den Ausbau der E-Mobilität als Standortvorteil für
23 Wirtschaft und Tourismus in unserem Landkreis. Wir wollen eine Förderung von modernem
24 ÖPNV, der nicht nur in Omnibussen stattfindet.

25

26 Die SPD Dahme-Spreewald wird dazu, unter Einbeziehung von Verkehrsunternehmen und
27 Fahrgastverbänden ein Mobilitätskonzept erarbeiten.

28

29 **7. Digitalisierung**

30 Wir haben im Landkreis Dahme-Spreewald den Ausbau der flächendeckenden
31 Breitbandversorgung stark vorangetrieben und werden bis 2019 fast 98 % im Landkreis mit
32 50Mbit/s versorgen können. Digitalisierung ist mehr als schnelles Internet. Digitalisierung ist
33 eine klassische Querschnittsaufgabe, die eine zentrale Aufgabe des Landkreises in den
34 kommenden Jahren sein wird.

35

36 Wir brauchen ein Konzept der Digitalisierung in unseren Bildungseinrichtungen und zur
37 Vereinfachung von Verwaltungsabläufen.

38

39 Dazu regt die SPD Dahme-Spreewald einen Austausch mit Fachleuten an, die ein Programm zur
40 Digitalisierung im LDS erarbeiten.

41

42

Votum der Antragskommission:

43 **ARBEITSMARKT**

44

45 **Antrag 2/I/2018**

1 **SPD-OV Mittenwalde**
2 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:*
3 *Der Landesparteitag möge beschließen:*
4 *Der Bundesparteitag möge beschließen:*

5
6 **Schichtarbeit bei der Festsetzung der Regelaltersgrenze in der Rentenversicherung zu berücksichtigen**

7
8
9 Ständige Schichtarbeit wirkt sich negativ auf die Gesundheit aus und belastet besonders das
10 familiäre Zusammenleben. Deshalb sind Zeiten in Schichtarbeit bei der Festsetzung der
11 Regelaltersgrenze in der Rentenversicherung zu berücksichtigen.

12
13 **Begründung:**

14
15 In der Bundesrepublik Deutschland arbeiteten laut EUROSTAT im Jahr 2016 fast 17,4 % der
16 Beschäftigten in Schichtarbeit. Das ein ständiger Wechsel der Arbeitszeit zu erheblichen
17 gesundheitlichen Beeinträchtigungen führt, ist wissenschaftlich bewiesen. Schichtarbeit
18 bedeutet auch Einschränkungen für das Sozial- und Privatleben und gerade in Familien mit
19 Kindern ist ein geregeltes Zusammenleben beeinträchtigt. Um diesen hohen Belastungen
20 Rechnung zu tragen sind Zeiten in Schichtarbeit bei Festlegung der individuellen
21 Regelaltersgrenze, ohne finanzielle Auswirkungen auf die Höhe der Rentenzahlung, mindernd
22 zu berücksichtigen. Denkbar wäre bei 10 Jahren Schichtarbeit ein um 12 Monate früherer
23 Rentenbezug, zu den gleichen Bedingungen, als wenn die individuelle Regelaltersgrenze
24 erreicht worden wäre.

25
26 **Votum der Antragskommission:**

27
28 **Antrag 3/1/2018**

29 **SPD-OV Mittenwalde**
30 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:*
31 *Der Landesparteitag möge beschließen:*
32 *Der Bundesparteitag möge beschließen:*

33
34 **Anhebung des Mindestlohns**

35
36 Die Bundesrepublik Deutschland ist die größte Volkswirtschaft in Europa mit der höchsten
37 wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Der Mindestlohn ist der Wirtschaftskraft anzupassen.
38 Deshalb wird die Bundesregierung aufgefordert einen Mindestlohn gesetzlich festlegen, der in
39 der Höhe so bemessen ist, dass ein würdevolles Leben, ohne von Armut betroffen zu sein,
40 garantiert wird.

41
42 **Begründung:**

43
44 Trotz steigender Löhne der Arbeitnehmer, sinkender Arbeitslosenquote und Abnahme der Harz
45 IV Empfänger erhöhte sich der Anteil der Bevölkerung der Bundesrepublik die von Armut

1 betroffen ist auf 19,7 % zum Ende des Jahres 2016. Die sind laut Bundesamt für Statistik in
2 absoluten Zahlen fast 16 Mill Bundesbürger. Als arm gilt der Bürger, der als Single über ein
3 Einkommen von weniger als 917,00 Euro netto und bei einer Familie mit einem Kind von
4 weniger als 1.192 Euro netto monatlich verfügen kann.
5 Der Mindestlohn beträgt ab dem Jahr 2017 8,84 Euro pro Stunde. Daraus resultiert ein
6 monatliches Nettoeinkommen, in Abhängigkeit von den familiären Verhältnissen, zwischen
7 1.132,00 Euro bis 1.220,00 Euro. Dieses Einkommen liegt nur knapp über dem Einkommen
8 bezogen auf die Armutsgrenze. Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert den
9 gesetzlichen Mindestlohn unverzüglich auf mindestens 11,00 Euro pro Stunde festzulegen.
10 Damit ergeben sich Netto-Einkommen zwischen 1.343,00 Euro und 1.519,00 Euro, die es den
11 Mindestlohnempfänger ermöglichen, von seiner Arbeit in Würde zu leben.
12

Votum der Antragskommission:

13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41

BILDUNGS-, WISSENSCHAFTS- UND JUGENDPOLITIK

42
43
44 **Antrag 4/I/2018**

1 **SPD-OV Mittenwalde**

2 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:*

3 *Der Landesparteitag möge beschließen:*

4

5 **Gebührenfreie KITA-Betreuung für alle Kinder in Brandenburg**

6

7 Das Land Brandenburg verpflichtet sich, die Gebührenfreiheit für **alle** Kinder in Brandenburger
8 KITAS bis Ende 2018 umzusetzen.

9 Die frühkindliche Bildung ist ein wichtiger, in die Zukunft gerichteter Bestandteil des
10 gesellschaftlichen Lebens unseres Landes. Die Anerkennung der Kitas als
11 Bildungseinrichtungen beschränkt sich nicht auf die Kinder im letzten Kita-Jahr, sondern
12 umfasst die Kinder aller Altersgruppen. Die Gebührenfreiheit ist somit für alle Kinder noch in
13 diesem Jahr umzusetzen.

14

15 ***Begründung:***

16

17 1. Insbesondere Familien mit kleinen Kindern befinden sich in der familiären Aufbauphase, die
18 bei vielfältigen finanziellen Aufwendungen zudem meist auch mit
19 Einkommenseinschränkungen durch Elternzeit oder Teilzeittätigkeit verbunden ist. Kita-
20 Gebühren stellen hier eine erhebliche Belastung dar, die den familiären Gestaltungs- und
21 Entwicklungsspielraum erheblich einschränken und nicht selten eine Rolle bei der
22 Familienplanung spielen.

23

24 2. Im Land Berlin erfolgt die Betreuung in Kitas gebührenfrei. Hierdurch ergibt sich zusätzlich zu
25 weiteren finanziell belastenden Infrastrukturmerkmalen (ÖPNV, weitere infrastrukturelle
26 Nachteile) für Familien in Brandenburg ein erheblicher Standortnachteil, der nicht selten für
27 die Wahl des Wohnortes entscheidend ist. Der Zuzug junger Familien ist vor dem Hintergrund
28 der demografischen Entwicklung zukunftsichernd für den ländlichen Raum. Die
29 Gebührenfreiheit der Kitas ist auch vor diesem Hintergrund umgehend und für alle Kinder
30 sicherzustellen.

31

32 3. Die generelle Gebührenfreiheit in Kitas ist die Grundvoraussetzung für das
33 sozialdemokratische Anliegen, Kindern so früh wie möglich und unabhängig vom sozialen
34 Status ihrer Eltern oder deren Herkunft, gleiche Bildungschancen zu ermöglichen, und den
35 Zugang zu Bildungseinrichtungen niedrigschwellig zu gestalten.

36

37 4. Mit der generellen Gebührenfreiheit in Kitas setzt die SPD ein deutliches Zeichen für das
38 Anliegen der Verteilungsgerechtigkeit für alle Familien, unabhängig von sozialem Status und
39 Herkunft. Die Stigmatisierung sozial schwacher - und Flüchtlingsfamilien sowie entsprechende
40 politisch geschürte Neid-Debatten werden abgeschwächt. Dies ist im Bereich der
41 frühkindlichen Bildung von besonderer Bedeutung.

42

43 5. Der frühzeitige kostenfreie Zugang zu Kitas für alle Kinder ist grundlegende Voraussetzung
44 für ein zukünftiges verständnisvolles und friedliches Miteinander und die beste Maßnahme zur
45 Integration. Einsparungen im Bereich anderer Integrationsmaßnahmen sind zu erwarten.

46 6. Die wirtschaftliche Situation in Deutschland ist so gut wie nie zuvor. Für eine
47 flächendeckende kostenfreie Kita- Betreuung sind entsprechende Bundesmittel zur Verfügung
48 zu stellen.

49

Votum der Antragskommission:

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10
- 11
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38
- 39
- 40
- 41

UMWELT-, ENERGIE-, VERBRAUCHER- UND VERKEHRSPOLITIK

- 42
- 43
- 44

Antrag 5/1/2018

1 **SPD-OV Mittenwalde**

2 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:*

3 *Der Landesparteitag möge beschließen:*

4

5 **Ausbau der S-Bahnlinie S 46 von Königs Wusterhausen bis Mittenwalde**

6

7 Um den steigenden Zuwachs an Pendlern im Raum Königs Wusterhausen gerecht zu werden,
8 ist der Ausbau der S-Bahnlinie S 46 von Königs Wusterhausen bis Mittenwalde in die
9 Landesnahverkehrsplanung aufzunehmen und zügig umzusetzen.

10

11 **Begründung:**

12

13 Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf, sich den enorm steigenden Pendlerzahlen
14 im Raum Königs Wusterhausen anzunehmen und durch den zügigen Ausbau der S-Bahn-
15 Strecke S46 von Königs Wusterhausen bis Mittenwalde, die Konzentration der Pendler auf dem
16 alleinigen Bahnhof Königs Wusterhausen entgegenzuwirken. Aus der Stadt Königs
17 Wusterhausen pendeln täglich 10.700 Einwohner und allein aus den drei Anliegergemeinden
18 Mittenwalde, Bestensee und Heidesee kommen weitere 8.000 Pendler hinzu. Der in der Stadt
19 Königs Wusterhausen gelegene Bahnhof, die Verkehrsinfrastruktur in der Innenstadt und die
20 umliegenden Parkplätze sind schon jetzt an den Kapazitätsgrenzen angelangt. Durch die
21 Verlängerung der S Bahn auf der noch vorhandenen Trasse der ehemaligen Königs
22 Wusterhausen-Mittenwalde-Töpchiner Kleinbahn (KMTE) um ca. 8 km, könnten allein aus der
23 Stadt Mittenwalde 3.300 Auspendler und auch 3.400 Einpendler zwischen Wohnort und
24 Arbeitsplatz befördert werden. Diese Maßnahme entlastet auch die Umwelt, da der
25 Individualverkehr mit dem PKW sich erheblich verringern würde und damit der Ausstoß von
26 umweltbelastenden Emissionen reduziert werden kann.

27

Votum der Antragskommission:

28

29

30 **Antrag 6/I/2018**

31 **SPD-OV Mittenwalde**

32 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:*

33 *Der Landesparteitag möge beschließen:*

34

35 **Einstellung vom Ausbau von Windkraftanlagen in den Wäldern**

36

37 Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf, den weiteren Ausbau von
38 Windkraftanlagen in Wäldern einzustellen um damit weitere schwerwiegende Eingriffe in das
39 Ökosystem „Wald“ zu unterbinden.

40

41 **Begründung:**

42 Mit Beginn des Jahres 2017 waren ca. 300 Windkraftanlagen in Wäldern installiert und bis zum
43 heutigen Zeitpunkt wurden weitere 330 Anlagen beantragt. Die Landesregierung hält den Bau
44 von Windkraftanlagen in Wäldern für erforderlich, um die von ihr definierten Ausbauziele an
45 erneuerbaren Energien zu erreichen. Das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und

1 Landwirtschaft begründet das Betreiben von Windkraftanlagen in Wäldern mit der Nabenhöhe
2 der Anlagen, deren Enden der Rotorblätter über die Baumspitzen kreisen und dadurch eine
3 Beeinträchtigung des Waldes nicht erfolgt. Die Behörde bewertet die Wälder nach deren
4 Bedeutung für die Natur und kommt zu dem Ergebnis, dass eine Waldumwandlung zur
5 Errichtung von Windkraftanlagen in „minderen Wäldern“ unbedenklich ist. Unabhängig davon,
6 dass schon die Einstufung eines Waldes nach seiner Wertigkeit überaus bedenklich ist, wird
7 jedoch verkannt, dass beispielsweise schon durch das Errichten eines Fundamentes für eine
8 Windkraftanlage ca. 1500 m³ Waldboden durch Stahlbeton ersetzt werden und dadurch der
9 Boden und der Wasserhaushalt des Ökosystems „Wald“ dauerhaft zerstört sind. Ökologische
10 Energieerzeugung darf nicht bedeuten gleichzeitig Lebensräume zu zerstören. Die
11 Landesregierung wird deshalb aufgefordert die weitere Zerstörung des Ökosystems „Wald“
12 unverzüglich zu unterbinden und keine weiteren Genehmigungen für die Errichtung von
13 Windkraftanlagen in Wäldern zu erteilen.
14

Votum der Antragskommission:

15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41

ORGANISATIONSPOLITIK

42
43
44 **Antrag 7/I/2018**

1 **SPD-OV Mittenwalde**

2 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:*

3 *Der Landesparteitag möge beschließen:*

4 *Der Bundesparteitag möge beschließen:*

5

6 **Trennung von Amt und Mandat für den Erneuerungsprozess in der SPD**

7

8 Der Bundesparteitag möge beschließen, dass der /die Vorsitzende auf Bundes- und

9 Landesebene gleichzeitig kein Ministeramt oder Fraktionsamt ausüben dürfen.

10

11 ***Begründung:***

12

13 Die SPD Mitglieder sind sich darin einig, dass der Erneuerungsprozess höchste Priorität hat und
14 für die Zukunft unserer Partei entscheidend ist. Die Ausrichtung der SPD für die nächsten 20 bis
15 30 Jahre zu definieren, Ideen zu entwickeln, die Diskussionen in allen Gremien vom Ortsverein
16 bis in den Bundesvorstand zu führen und die Ergebnisse programmatisch zusammenzufassen
17 ist die wichtigste Aufgabe der Parteivorsitzenden/des -Vorsitzenden. Wir im Ortsverein
18 Mittenwalde sind überzeugt, dass dieses wichtige und existenzielle Vorhaben nur dann
19 gelingen kann, wenn der/die Vorsitzende unserer Partei kein Ministeramt und kein
20 Fraktionsamt ausüben und sich nur auf diese Aufgabe konzentrieren. Dies gilt auch für die/den
21 Vorsitzenden auf Landesebene. Damit wird gewährleistet, dass der Erneuerungsprozess zügig
22 und ohne Rücksichtnahme auf eigene politische Funktionen gestaltet werden kann. Deshalb
23 fordern wir den Bundesparteitag auf, den § 23 des Organisationsstatuts dahingehend zu
24 ergänzen, dass der Vorsitzende/die Vorsitzende auf Bundes- und Landesebene gleichzeitig kein
25 Ministeramt oder Fraktionsamt ausüben dürfen.

26

Votum der Antragskommission:

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41